

MAKROSKOP

Magazin für Wirtschaftspolitik

06.03.2020 (editiert am 10.03.2020)



Manfred Nitsch¹

Vorsicht vor Renten-Schwindel – 1

In der Bevölkerung schwindet der Glaube an eine sichere Altersversorgung. Die Politik aber weitet die Ansprüche derzeit aus. Alles ein großer Selbstbetrug?

Demnächst soll die gemischte Rentenkommission der Großen Koalition einen „Verlässlichen Generationenvertrag“ vorstellen. Im Vorfeld rüsten sich deshalb die Bataillone der Betroffenen, der Zuständigen und der Interessenten. Als Laie und selbst als Wirtschaftsfachmann merkt man nicht gleich, ob und wie man mit dieser oder jener Zahl, mit diesem Bild oder Begriff nun beschwindelt oder aufgeklärt wird.

¹ Emeritierter Professor für VWL / Politische Ökonomie am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin.



In Frankreich und auch in Chile sieht man, wie tiefgreifend allein die Alterung unsere Gesellschaften verändert und welche Konflikte Rentenreformen auslösen. Und wenn man die für die zukünftigen Rentenbezieher – also die jetzigen Beitragszahler und Wähler – anstehenden lokalen wie globalen Herausforderungen wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum, Langlebigkeit bei Individualisierung und medizinisch-technischem Fortschritt, Verschiebung der Landkarten der Zuständigkeiten oder der Migration betrachtet, dann kann einem ziemlich schwindlig werden.

Keine Angst vor schwindelerregenden Zahlen

Schwindelerregend sind auf den ersten Blick auch die folgenden Zahlen, aber mit ein bisschen Kopfrechnen lassen sich die einfachen Rechnungen auch ohne Computer leicht nachvollziehen: Jeden Monat zahlt die Deutsche Rentenversicherung ca. 20 Milliarden Euro an fast 20 Millionen Rentner aus, im Durchschnitt also ca. 1000 Euro. Und fast genau so viel zahlen die Beitragszahler und ihre Arbeitgeber jeden Monat ein. Das sind im Jahr $12 \times 20 = 240$ Milliarden Euro. Diese Zahl muss man sich merken!

Damit bedient der „Staat“, oder im weiteren Sinne „die öffentliche Hand“, denjenigen Teil seiner Schulden, die häufig in Kontrast zu den ausdrücklich in Staatspapieren dokumentierten und verbrieften, „expliziten“ Verbindlichkeiten in Höhe von fast 2 Billionen als „implizit“ bezeichnet werden.

Um so viel Geld aus einer Kapitalanlage zu erzielen, müsste das Spar- oder Wertpapierkonto bei 10 Prozent Verzinsung pro Jahr, – wie das vor gar nicht so langer Zeit mal bei Aktienfonds der Fall war – 240×10 , also 2,4 Billionen Euro umfassen. Derzeit ist aber nicht viel mehr drin als eine Verzinsung von 1 Prozent pro Jahr; also würde das Vermögen, aus dem ein Geldstrom von 240 Milliarden pro Jahr bei dieser Rendite flöÙe, nicht weniger und nicht mehr als zehn Mal so viel, nämlich 100×240 Milliarden = 24 Billionen Euro betragen.

Auch wenn die Verzinsung drei Mal so hoch wäre, also 3 Prozent, wie häufig in Modellrechnungen aufgrund historischer Daten und zeitgenössischer erfolgrei-



cher Wertpapier- und Immobilienfonds angenommen, dann wären noch immer ein Drittel von 24 Billionen, nämlich 8 Billionen, nötig (= 8.000 Milliarden Euro), um den entsprechenden Bestand an Vermögenswerten zu beziffern. Damit wären die impliziten Schulden allein aus der Rentenversicherung vier Mal so hoch wie die gesamten expliziten Staatsschulden!

Angesichts der notwendigerweise sehr wackeligen Schätzungen mit riesigen Bandbreiten verwundert es nicht, dass die lediglich auf die expliziten Verbindlichkeiten abstellenden Meldungen und Entscheidungen über „Staatsschulden“ in der Öffentlichkeit nicht sonderlich ernst genommen werden. Schließlich sind zwar nicht die Zahlen bekannt, wohl aber die Größenordnungen irgendwie im Kopf der Menschen verankert.

Geht man noch ein Stück weiter und von Nullzinsen und gar von Inflation in der Zukunft und Risiken sonstiger Art aus – und setzt nur die Hälfte von 1 Prozent, also nominal oder real 0,5 Prozent, als Ertrag aus Kapital- und Immobilien-Investitionen an, dann verdoppelt sich der Wert des Vermögens, aus dem ein Ertrag von 240 Milliarden Euro pro Jahr fließen würde, von 8 oder 24 auf sage und schreibe 48 Billionen Euro. Und wenn man sich der Nulllinie nähert, dann werden das unendliche Summen.

Ganz schwindelig wird man bei einer negativen „Verzinsung“, denn es gibt nun einmal keinen Ertrag aus Nichts. Und es gibt keinen Goldschatz oder sonstigen „Bestand“, den man allmählich abtragen kann. Denn die Rentenansprüche sind nun einmal nicht mehr und nicht weniger als abstrakte Ansprüche an die zukünftigen Generationen der entsprechenden gesellschaftlichen Gemeinschaft, also den Staat und seine Agenturen. Viele schließen daraus, dass die Reduzierung dieser Ansprüche bei niedrigen und gar negativen Zinsen unerlässlich ist. Es geht hier also nicht um harmlose Dinge.

Festzuhalten ist, dass solche Rechenexempel deutlich machen, wie wenig konkret und sicher Zahlen über die Vermögen und ihre Verteilung in einem Land wie Deutschland oder sonst wo sind – und auch nicht sein können. Kein Wunder also, dass an sichere Zahlen gewohnte Ökonomen häufig um die Renten- und Pensionsansprüche einen großen Bogen machen und sogar dazu tendieren, diesen Reichtum gar nicht in die Vermögensrechnung einzubeziehen, ja, ihm sogar den Vermögens-Charakter abzuspochen.



Renten oder Aktien und Wohnungseigentum?

Wir kommen im Folgenden noch darauf zurück, vergleichen aber zuvor einmal diese riesigen Vermögenssummen der Rentenversicherung mit denen auf den Immobilien- und Kapitalmärkten.

Interessenten verweisen immer wieder darauf, dass die Renten und Pensionen wegen der Demografie und den Veränderungen der Arbeitswelt nicht mehr als wirklich sicher angesehen werden könnten. Sie meinen häufig sogar, mit dem Zaunpfahl winken zu müssen, damit die „Aktienphobie“ der deutschen Sparer endlich überwunden werde. Es sei doch viel sicherer und attraktiver für die zukünftigen Rentner, in Wohnungen und sonstige Immobilien sowie in Aktien und andere Werte auf dem Kapitalmarkt zu investieren, als sich auf die Pay-as-you-go-Rente, also unsere gesetzliche Umlagerente, zu verlassen.

Ein Blick ins Internet zeigt allerdings, dass die „Wohnbauten“ im ganzen Land beim Statistischen Bundesamt mit dem Neuwert von 9,3 Billionen und unter Berücksichtigung der Abschreibungen netto nur mit einem Marktwert von circa 5,4 Billionen als Wertangabe zu Buche stehen. Das Eigentum an diesen Wohnbauten dürfte bislang vorwiegend bei Besserverdienenden und Kapitalgesellschaften und nur zu einem sehr geringen Teil bei den 20 Millionen 1.000-Euro-Rentner zu finden sein.

Letztere aber werden von Interessenten und Wohlmeinenden auf diese Vermögensmärkte gelockt. Ob bei einem Kalkulationszins von 3 Prozent, also 8 Billionen Euro, mit 24 oder auch nur mit 2,4 Billionen – für Rentner und Pensionäre sind die „Wohnbauten“ in Deutschland vom Gesamtvolumen her keine ernst zu nehmende Alternative, wohl aber eine nette Ergänzung der Altersvorsorge.

Ob es so ähnlich mit Aktien aussieht, die freiwillig mit oder ohne Riester- oder Rürup-Förderung oder über eine betriebliche Altersversorgung oder ein Versorgungswerk erworben werden, erschließt sich leicht im Internet unter dem Stichwort „Marktkapitalisierung“, also dem „Gesamtwert aller an ihnen gehandelten Unternehmen“, auf den Wertpapierbörsen der Welt.



Dort belehrt man uns, dass in Deutschland im Juli 2018 dieser Wert lediglich 2,2 Billionen Euro betrug; selbst New York brachte es nur auf 24,0 Billionen Euro, und die ca. 50.000 Unternehmen, die als Aktiengesellschaften an den Börsen der gesamten Welt gehandelt werden, waren nach ihrer Marktkapitalisierung gemäß der von der *World Federation of Exchanges* gelisteten Börsen im Juli 2018 nicht mehr als 85 Billionen US-Dollar wert. Je nach Kalkulations-Zinssatz lässt sich also der Wert des Vermögens der deutschen Rentner durchaus mit dem Wert der an den Börsen der Welt gehandelten Unternehmen vergleichen.

Richtig schwindelig wird man nicht nur bei den Zahlen zum Bestand an Vermögen, sondern auch bei den Stromgrößen: Zieht man bei den jährlichen Zahlungen an die Rentenkasse in Höhe von 240 Milliarden Euro die Zuschüsse aus den Staatskassen ab, dann kann man mindestens mit 200 Milliarden aus Beiträgen rechnen. Würde etwa davon die Hälfte jedes Jahr auf die Kapitalmärkte gelenkt, dann bräuchte es nicht mehr als 22 Jahre ($22 \times 100 \text{ Milliarden} = 2,2 \text{ Billionen}$), um die Summe aller deutschen Aktienwerte zu erreichen, also alle Kurse zu verdoppeln.

Das zeigt, welche Blasen-Gefahren in dem Rat stecken, sich massiv auf die Kapitalmärkte der Welt zu begeben, um den vermeintlich unvermeidlichen Einbußen bei den staatlich-öffentlichen Renten zu entgehen.

Die Angst vor dem Risiko bei diesen Renten und Pensionen verändert aber bereits jetzt die Verhaltensweisen der Menschen. Überall in der Welt gewinnt die Altersvorsorge in Gestalt von Pensionsfonds als zweite Säule, oder in Gestalt der betrieblichen Altersvorsorge als dritte Säule, erheblich an Volumen. Für den Finanzsektor ist es auch sehr verlockend, von den jährlich 200 Milliarden Euro an Beiträgen einen Teil auf die eigenen Konten zu lenken.

Das mag betriebswirtschaftlich sinnvoll sein, ist aber volkswirtschaftlich äußerst problematisch. Denn jetzt bereits werden diese Anlage suchenden Gelder unter den Stichworten „Sparschwemme“, „Spar-Tsunami“ und „Saving(s) Glut“ zu Recht dafür verantwortlich gemacht, dass der Zins auf und gar unter null sinkt – und damit seine Lenkungsfunktion verliert, die er eigentlich in der Marktwirtschaft haben sollte.

Was also festzuhalten ist: Die Größenordnungen zwischen Rentenansprüchen, Aktienbesitz (direkt oder über Fonds) und betrieblicher Altersvorsorge (direkt



über Pensionsrückstellungen in der Bilanz der Firmen oder mit Pensionsfonds verschiedener Art) sind so enorm, dass die Sprachregelung von den drei „Säulen“ (auch bei der Weltbank: „Pillars“) als Irreführung, wenn nicht Schwindelei, erscheint – Telegrafmast versus Zaunpfahl versus Spazierstock wäre wohl angemessener.

In Teil 2 wird gezeigt, wie mit Vermögensrechnungen geschwindelt wird.



[Rente](#) | 10.03.2020

Vorsicht vor Renten-Schwindel – 2

[Manfred Nitsch](#)

Sind Renten ein Vermögenswert? Wenn nicht, dann werden Renten jedenfalls zur Verfügungsmasse des tagespolitischen Hickhacks und Rentner mit der Gefahr der Enteignung konfrontiert.

Die Zahlenspielerei mit den Vermögenswerten und den Geldströmen ist nicht harmlos, denn jede Rentenreform-Entscheidung schafft oder vernichtet riesige Ansprüche, die die betroffenen Menschen und ihre Angehörigen erarbeitet und erstritten, erlitten und häufig mit Opfern bezahlt, aber manchmal auch durch Privilegien und Kungeleien auf Kosten anderer, häufig mit Gegenleistungen völlig anderer Art, zugeschanzt bekommen haben.

Unter Ökonomen ist es strittig, ob man solche Umrechnungen von Stromgrößen wie Renten und sonstigen Einkommen oder Erträge überhaupt in Bestandsgrößen wie Vermögen und im Englischen *capital* oder *assets*, vornehmen sollte. Wie oben vorgeführt, ist der Zinssatz geradezu beliebig zu beziffern, mit dem die mehr oder weniger sicheren zukünftigen Renten oder Erträge zu einem Vermögenswert rauf- oder runtergerechnet, also auf Ökonomesisch „diskontiert“, werden.

Solch unsicheren Schätzwerte werden aber im Kopf jedes Menschen immer bewusst oder unbewusst gebildet, wenn es um die Altersvorsorge geht. Und was die unterschiedliche Bewertung solcher Vermögens-Schätze unter der Berieselung und Behämmerung durch richtige und falsche Argumente von Seiten der Regierung, der Gewerkschaften, der Parteien, der Wissenschaft und der Medien anrichten können, wird uns gerade in Frankreich vorgemacht und sollte uns hierzulande zu denken geben und nicht schwindelig machen.

Kein Wunder also, dass eine Bezifferung der Vermögenswerte von Renten und Pensionen bei Publikationen über die Vermögensverteilung in Deutschland oder anderen Ländern häufig gar nicht vorkommt. Viele sprechen ihnen sogar den Vermögens-Charakter ab und beziehen das Wort nur auf Sachen und Rechte, die handelbar sind und deshalb einen Preis haben. In der Öffentlichkeit und in der Umgangssprache hängen aber die Begriffe und die Vorstellungen von Reichtum, Vermögen, Einkommen und Verteilung, arm und reich, Mittelstand, Armut und Luxus eng miteinander zusammen, definieren sie doch den gefühlten eigenen gesellschaftlichen Status und das Empfinden für die Gerechtigkeit oder Ungerechtigkeit in unserer Gesellschaft.

Bei Beiträgen zu Fragen von Gerechtigkeit, Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Geschwisterlichkeit in einer demokratischen Gesellschaft ist eigentlich zu verlangen, dass nicht nur das Thema Einkommensverteilung, sondern auch die Vermögensverteilung im umgangssprachlichen Sinne umfassend und verständlich aufbereitet und präsentiert wird.

Was wegen schlechter Bezifferung bei solchen eng verstandenen Vermögensrechnungen ausgeblendet wird, sind die, wie hier aufgezeigt, enormen Reichtümer der Rentner und Pensionäre, also die Basis und der bei weitem wichtigste Bestandteil des gelebten und gefühlten wirtschaftlichen Lebensstandards der Unter- und Mittelklassen, aber auch der durchaus mit Renten und Pensionen gut ausgestatteten oberen Schichten.

Beim Vergleich der Größenordnungen zwischen den Rentnern und den vermögenden Schichten erscheinen deren hohe Bestände an Immobilien, Eigentum an Unternehmen, Kunstwerken und Kapitalmarkt-Investitionen von geradezu relativ bescheidenem Wert zu sein. Die Charakterisierung der unteren Hälfte oder gar von zwei Dritteln der Bevölkerung als „vermögenslos“ lässt sich schlicht als irreführende, ja schwindelhafte Fake News bezeichnen.

Damit suggerieren die entsprechenden Wissenschaftler, Politiker und Journalisten leider auch, dass Renten und Pensionen nicht als „Eigentum“ im Sinne des Grundgesetzes zu betrachten, also vermögensrechtlich vor Enteignung geschützt, seien. Genau das ist aber vom Bundesverfassungsgericht bestätigt worden, und auch deshalb sollte man diese



Rechte auf Renten und Pensionen publizistisch, politisch und wissenschaftlich auch immer als gleichberechtigt mit allen anderen Vermögenswerten ansehen!

Die Außerachtlassung dieser bei weitem wichtigsten Vermögenswerte der breiten Bevölkerungsschichten verleitet sonst dazu, Renten als Verfügungsmasse in den laufenden Hickhack der Parteien einzubeziehen und Kürzungen wie Erhöhungen geradezu tagespolitisch zu verhandeln. Damit werden, meist unbeabsichtigt und unbedacht seitens der Wissenschaftler, Konflikte und Neid geschürt sowie Demagogen und richtigen Schwindlern die Arenen und Märkte geöffnet.

Welche Rolle können Vermögens- und Erbschaftssteuern spielen?

Wenn kurzfristige Klientel-Interessen die Überhand gewinnen, wird leicht übersehen, mit welchen Größenordnungen man es dabei zu tun hat, so dass die strukturellen Anhaltspunkte und Eingriffsmöglichkeiten nicht genutzt werden, die via Renten und Pensionen für eine gerechtere wirtschaftlich-soziale Verteilung des Reichtums in der Gesellschaft ohne größere aufreibende und polarisierende Konflikte sorgen können, – wie jetzt mit der Grundrente.

Stattdessen stürzt man sich auf eine Vermögensteuer, bei der die Definition von Vermögen noch komplizierter wird, weil die Aktiva der Steuerzahler jedes Jahr neu mit ihrem Netto-Ertrag und ihrem schwankenden Wert auf Immobilien-, Kunst- und sonstigen Vermögenmärkten gerichts-fest gegen beste Anwälte bewertet werden müssen. Deshalb beschränkt man sich ja auch bei den Vorschlägen auf einen recht kleinen Kreis von Betroffenen und auf so geringe Steuersätze, dass nicht die Substanz angegriffen wird, sondern meist nur ein Teil der Einkommen aus den jeweiligen Vermögenswerten.

Stattdessen sollte man bei einer etwas härteren und breiteren Erbschafts- und Geschenksteuer ansetzen, wo so etwas nur einmalig notwendig wäre. Hier ist auch ein gewisser Eingriff in die Substanz möglich,



denn bei größeren Erbschaften wird dies als legitim angesehen. Pensions- und Rentenansprüche wären überdies kaum zu berücksichtigen.

„Bürgerversicherung“ als Positivkombination von Renten und Pensionen

Auf dem Wege zum Abbau von Resten der ständischen Gesellschaftsordnung, soll nach der Bauernschaft, der Knappschaft der Bergleute und der Arbeiterschaft mit deren jeweiligen Solidargemeinschaften nun auch die Beamtenschaft in die „Bürgerversicherung“ integriert werden. Ein wichtiger Schritt dorthin ist die Vereinheitlichung von Renten und Beamtenpensionen. Bei einem Durchschnitt von ca. 3.000 Euro pro Monat geht es bei den derzeit ca. 1,3 Millionen Pensionären also monatlich um ca. 4 Milliarden Euro und jährlich um $12 \times 4 = 48$ Milliarden Euro.

Mit den oben errechneten 240 Milliarden aus der Rentenkasse zusammen strömen also jährlich ca. 288 Milliarden Euro aus den öffentlichen Haushalten an die nicht mehr Berufstätigen. Davon tragen die Beitragszahler durch die Rentenversicherung ca. 200 bis 225 Milliarden bei, und die öffentlichen Haushalte ca. 63 Milliarden Euro. Wenn es bei der Reform der Beamtenpensionen nach dem österreichischen Modell gehen sollte, dann würden bestehende Ansprüche der Pensionäre und der ca. 1,8 Millionen aktiven Beamten festgeschrieben, und neue Beamte würden zur Zahlung in die Rentenkasse verpflichtet und später nicht mehr nach den letzten Gehältern pensioniert.

Monetäre Ersparnisse in die Rentenkasse statt in Aktien und Immobilien!

Bei den in Frage stehenden Größenordnungen wird durch die Einbeziehung der Beamten noch einmal deutlich, wie unsinnig und unverantwortlich es ist, eine massive Umlenkung der liquiden Mittel der Sparer von der Rente in Richtung Wohnungen, Immobilien und Aktien zu propagieren. Wie oben ausgeführt, wird die Nullzins-Situation ja zu Recht darauf zurückgeführt, dass Ersparnisse im Überfluss vorhanden sind und des-



halb die Gefahr von Blasen (*bubbles*) an den Aktien- und Housing-Märkten verstärken.

Das gilt bereits seit einiger Zeit, so dass es jetzt darum geht, die Rentenkassen nicht nur mit Steuergeldern aufzufüllen, sondern auch den Sparern die Möglichkeit zu geben, ihre Renten- und Pensionsansprüche wenigstens in einem gewissen Maße und unter bestimmten Bedingungen freiwillig durch Einzahlungen aufzustocken. Es spricht eigentlich nichts dagegen, wenn Sparer durch den Erwerb von zusätzlichen Entgeltpunkten ihre monatliche Rente von 1.000 auf 1.500 Euro oder ihre Pension von 3.000 auf 4.000 Euro aufstocken könnten. Details wären zu klären, so dass nicht plötzlich die globalen Geier-Fonds mit deutschen Entgeltpunkten spekulieren können.

Ob der Erwerb von Entgeltpunkten allerdings wie bislang üblich von monetären Beiträgen und von Kindererziehung oder Pflege abhängen soll, oder ob in Zukunft virtuelle Arbeitspunkte ohne oder mit nur geringem monetären Abzug vom Bruttolohn oder auch sonstige Anerkennungen von Leistungen wie Haushaltsarbeit und Ehrenämter als Basis für Renten- und Pensionsansprüche herangezogen werden sollten, bleibt den weiteren Diskussionen vorbehalten.

In Teil 3 wird sich alles um die aktuelle Debatte über die Mindestrente und Demographie drehen.



Rente 13.03.2030

Vorsicht vor Renten-Schwindel - 3

Manfred Nitsch

Warum die Rente und eine menschenwürdige Grundsicherung auseinandergehalten werden müssen.

Die aktuelle Debatte über die Mindestrente rückt die Abgrenzung zwischen Grundsicherung (Hartz IV) und Rente in den Blick. Denn auch die Sozialhilfe-Rente lässt sich kalkulatorisch in einen Vermögenswert umrechnen, obwohl auch dieser keinen Marktwert hat.

Trotzdem wäre zu erwägen, ja zu fordern, dass dieser Vermögenswert bei der Analyse des Reichtums, also der Vermögensverteilung, in Deutschland irgendwie als solcher anerkannt und in die Rechnung einbezogen wird. Schließlich gehören die Garantie für eine menschenwürdige Grundsicherung ebenso wie das Recht auf kostenlose Kita und weitgehend auch auf Ausbildung und öffentliche Sicherheit etc. zu den „Reichtümern“ der Menschen – auch wenn sie noch schwieriger zu beziffern sind.

Dagegen ließen sich für die beitragsfinanzierten Kranken-, Unfall-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherungen ähnliche Überlegungen zu den impliziten Staatsschulden anstellen wie hier bezüglich der Renten.

Es gibt aber wohl immer einen wesentlichen Unterschied zwischen der Sozialhilfe und dem durch Beiträge erworbenen Entgeltpunkt bei der gesetzlichen Rente: Die Grundsicherung ist sinnvollerweise vom Bedarf des Haushalts abhängig zu machen und die Rente vom individuellen Beitrag.

Was bedenklich stimmt, ist die Tendenz bei einigen Politikern, Publizisten und Wissenschaftlern, angesichts der aktuellen Diskussion zur Min-

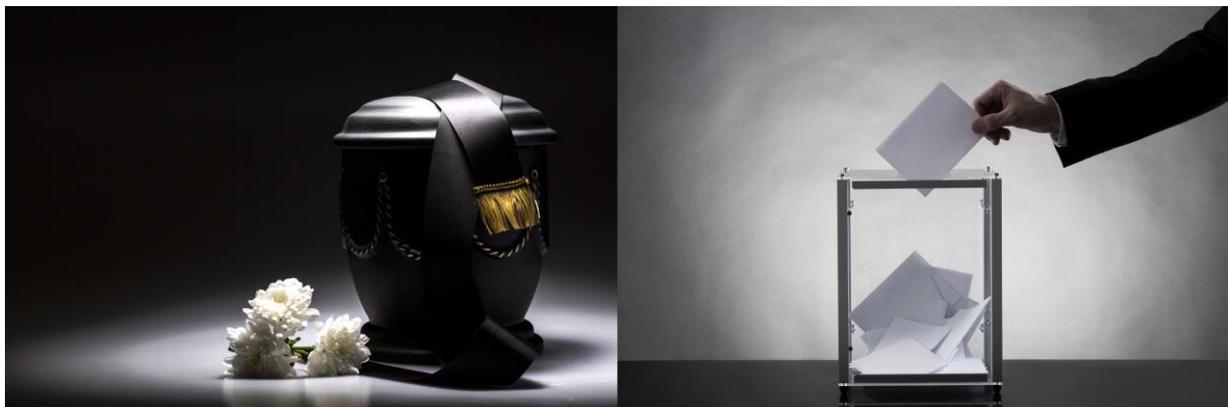
destreute die ganze Sozialpolitik auf Armutsbekämpfung reduzieren zu wollen und damit die oben klar dargelegten riesigen Vermögen der mittleren Bevölkerungskreise zu ignorieren und so absichtlich oder unbewusst zu politischer Manövriermasse zu machen.

Demografie als schwindelerregendes Schicksal?

Aus der Bevölkerungspyramide wird seit mehreren Jahrzehnten bereits hierzulande eine Urne, denn es gibt weniger Geburten als Sterbefälle. Bezüglich der Altersvorsorge wird daraus häufig geschlossen, dass die jetzt sterbenden Baby-Boomer nicht mit sicheren, also den letzten Lebensstandard mindestens zur Hälfte monetär absichernden Renten und Pensionen rechnen könnten – und die späteren Generationen noch viel weniger. Wieder folgt meist die Werbung für Einzahlungen in Fonds, Kauf von Aktien und Erwerb von Immobilien. Steckt hinter diesem Schicksalslauf aber vielleicht auch wieder ein Schwindel?

Beim näheren Hinsehen ist zu bemerken, dass es immer zwei Arten von Urnen gegeben hat und wohl auch weiterhin gibt – die Grabesurne und die Wahlurne (siehe Abbildung).

Urnen – so oder so





Die **Graburne** ist zwar seit einigen Jahrzehnten ein korrektes Bild für die vorherrschend deutschstämmige Bevölkerung und in abgeschwächter Form auch für die Wohnbevölkerung insgesamt. Aber die **Wahlurne** hat immer wieder Regierungen hervorgebracht, die eine Politik betrieben haben, die eine Verringerung der Zahl der in Deutschland wohnenden Menschen verhindert hat. Seit den 60er Jahren liegt die Wohnbevölkerungszahl fast konstant bei ca. 80 Millionen – und die Projektionen des Statistischen Bundesamtes zeigen ein Weiter-so.

Die Bevölkerung der Welt ist zwischen 1940 und 2020 von 2 Milliarden Menschen auf 7 Milliarden gestiegen, und deren Wachstum wird bis auf 9 oder 10 Milliarden in den nächsten Jahrzehnten, also bis zum Altern der gegenwärtigen Jungen und zukünftigen Rentnerinnen und Rentner, weiter wachsen. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, dass ausgerechnet auf der Fläche eines der mit Infrastruktur u.a. bestausgestatteten Länder der Welt die Zahl der Menschen signifikant abnehmen wird.

Hoffnung auf die Wahlurne mit dem Slogan: „Die Rente ist sicher“!

Mit der Alterung und dem vermutlich weiter steigenden Wohlstand durch Produktivitätszuwächse wird die Relation zwischen Rentnern und Aktiven sich gewiss verschieben – auch durch freiwillige Arbeitszeitreduzierungen trotz Verlängerung des gesetzlichen Eintrittsalters. Die Finanzierung der Sozialpolitik wird sich also von den Abgaben auf den Bruttolohn auf das generelle Steueraufkommen verschieben müssen, wenn weiter mit „auskömmlichen“ Renten für alle Bürger gerechnet werden soll.

Die Effekte der sich nach unten leicht verengenden Graburne bei der Wohnbevölkerung werden also wohl auch in Zukunft durch die Entscheidungen der an den Wahlurnen in politische Verantwortung gehobenen Menschen ein Korrektiv in der Immigrationspolitik finden, zumindest wie

derzeit im EU-Arbeitsmarkt verankert. Wenn nicht Schwindler die Wahlen gewinnen.

Wie eingangs und bei der „Bürgerversicherung“ betont, können bis zur nächsten Jahrhundertwende von 2100, die ja im Erwartungshorizont der heutigen Kinder liegt, auch die alten und die neu ins Bewusstsein gerückten Risiken der globalisierten Weltgesellschaft wie Klimawandel, Migrationsdruck, Pandemien und Krisen oder gar Kriege mit Massenvernichtungswaffen eine Gesellschaft wie die deutsche vor noch schwerwiegendere Herausforderungen als die Grabesurnen stellen.

Diese, wie auch die absehbaren Herausforderungen sollten hoffentlich auch weiterhin demokratisch über die Wahlurne mit allen Bürgern gemeinsam angegangen werden. Dementsprechend sind die institutionellen Bedingungen denn auch auf die seit Bismarck bewährten Regeln der öffentlichen Renten hin anzupassen. Hoffentlich erstrahlt dazu die Aussage von Norbert Blüm von 1986 „Die Rente ist sicher“ bald wieder im neuen Glanz.



Manfred Nitsch ist emeritierter Professor für VWL / Politische Ökonomie am Fachbereich Wirtschaftswissenschaft und am Lateinamerika-Institut der Freien Universität Berlin.